

Saarland-Agenda für die Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD im Bund

Beschluss des geschäftsführenden Landesvorstands der CDU Saar vom 15.03.2025

Das Saarland ist wie kein anderes Bundesland vom Strukturwandel betroffen. Ob die erforderlichen Transformationsprozesse in Deutschland gelingen oder deindustrialisierte Regionen zurücklassen, entscheidet sich daher vor allem hier bei uns an der Saar. Nur wenn Deutschland wirtschaftlich stabil und erfolgreich ist, kann der Strukturwandel hier bei uns im Saarland gelingen. Dafür muss in Deutschland schnellstmöglich eine Wirtschaftswende auf den Weg gebracht werden. Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts: Nur mit wirtschaftlichem Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit können wir unseren Wohlstand und die hohe soziale Absicherung in unserem Land auch in Zukunft erhalten sowie ambitionierte Klimaziele erreichen.

Neben dem wirtschaftlichen Strukturwandel hat die Entlastung der saarländischen Kommunen für uns Priorität. Diese zählen zu den finanzschwächsten in Deutschland. Die Grundlage, um Probleme vor Ort zu lösen, sind Kommunen, die auch finanziell handlungsfähig sind. Daher treten wir ein für solide Finanzen auf allen Ebenen. Das Ziel muss sein, gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen.

Im Interesse des Saarlandes setzen wir uns als CDU Saar deshalb dafür ein, dass im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung insbesondere die folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Die Automobilindustrie zukunftsfähig machen.

Die Automobil- und Zulieferindustrie, einschließlich dem zugehörigen Mittelstand, ist der bedeutendste Wirtschaftszweig im Saarland. Doch die Branche ist in der Krise. Zentrale Ursache dafür ist die ideologisch verengte, einseitige Fixierung auf einzelne, politisch definierte Technologien. Das **Verbot des Verbrennungsmotors muss deshalb rückgängig gemacht** werden.

Unternehmen verdienen belastbare Perspektiven und Planungssicherheit, die nicht durch kurzfristige politische Kurswechsel oder einseitige Regulierungen untergraben wird. Kundinnen und Kunden verdienen Verlässlichkeit, u.a. durch **verbindliche Förderprogramme für gezielte Kaufanreize im Bereich E-Mobilität, einschließlich Plug-in-Hybridfahrzeugen**, sowie durch den **konsequenten Ausbau der Ladeinfrastruktur**.

Die mit Nichteinhaltung der CO₂-Flottenziele in der aktuellen Form einhergehenden Strafzahlungen in Milliardenhöhe bedeuten in der aktuellen Lage eine weitere Überforderung der europäischen Automobilhersteller. Die vor Jahren festgelegten ambitionierten Ziele müssen deshalb auf Grundlage aktueller Erkenntnisse und Erfahrungen der Realität angepasst werden. Erforderlich ist eine **Neuausrichtung der CO₂-Flottenziele** mit Geltung bis 2035 sowie kurzfristig eine **Abwendung von Strafzahlungen aufgrund der bestehenden Regelungen**.

Zugleich müssen auch die Prüfmethoden angepasst werden. Die CO₂-Emissionen dürfen nicht nur am Auspuff eines Autos gemessen werden, sondern es muss **für den CO₂-Fußabdruck eine Life-Cycle-Analyse** geben.

2. Strompreise auf ein wettbewerbsfähiges Niveau senken.

Die Strompreise in Deutschland sind um ein Vielfaches höher als in anderen Ländern. Dies behindert und bedroht zunehmend unseren Wirtschaftsstandort. Deshalb müssen die Energiekosten in Deutschland zügig auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden. Dazu ist in einem ersten Schritt die **Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu senken sowie die Übertragungsnetzentgelte zu halbieren**. Davon profitieren nicht nur die Unternehmen, sondern auch die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher.

Darüber hinaus muss die **Strompreiskompensation für die energieintensive Industrie verstetigt** werden und die Bundesregierung muss sich gegenüber der EU dafür einsetzen, dass das Schutz-Niveau in voller Höhe erhalten bleibt.

3. Rahmenbedingungen für die Umstellung auf grünen Stahl richtig setzen.

Grundstoffindustrien wie Stahl sind essenziell für ein resilientes Deutschland und ein starkes Europa. Sie bilden die Basis nahezu aller Wertschöpfungsketten – von Infrastruktur und Bau bis zur Energieversorgung und Verteidigung. Deutschland und Europa müssen diese Industrien erhalten und stärken. Hierzu sind wirksame handelspolitische Maßnahmen erforderlich. **Unfaire Handelspraktiken (Preisdumping) und globale Überkapazitäten müssen effektiv bekämpft** werden. Die bestehenden **EU-Handelsschutzinstrumente sind schnellstmöglich zu überprüfen und anzupassen**. Zudem ist eine dauerhafte und effektive **Nachfolgelösung für die 2026 auslaufenden EU-Safeguards** sicherzustellen. Dafür muss sich die neue Bundesregierung offensiv einsetzen.

Energieintensive Industrien wie der Stahl dürfen durch den EU-Emissionshandel keine Wettbewerbsnachteile gegenüber internationalen Anbietern erleiden. Ein Level Playing Field muss geschaffen werden, insbesondere durch einen **wirksamen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM)**. Dieser muss Schlupflöcher für Umgehungen schließen und Exporte einbeziehen, um faire Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen.

Für einen breiten Hochlauf emissionsarmer Grundstoffe sind marktwirtschaftliche Anreize unerlässlich. Deutschland und die EU müssen **Pionier- und Leitmärkte für emissionsarme Materialien wie Stahl und Zement** etablieren. Dies erfordert eine Verknüpfung mit dem Infrastruktur-Sondervermögen, eine Reform des Vergaberechts sowie Pilotprojekte, die auf etablierte Standards wie den Low Emission Steel Standard (LESS) setzen.

Auf europäischer Ebene ist eine konsequente **Ausrichtung der öffentlichen Beschaffung auf nachhaltige und CO₂-arme Materialien** unverzichtbar.

4. Verlässlichen Hochlauf der Wasserstoffversorgung gewährleisten.

Die neue Bundesregierung muss Maßnahmen ergreifen, um den Hochlauf von bezahlbarem Wasserstoff für die Industrie zu fördern. Dabei braucht es Pragmatismus, **Offenheit bei den Wasserstofffarben** (z.B. blauer oder violetter Wasserstoff) und die Anerkennung von **Erdgas als Zwischenschritt**.

Die Bundesregierung muss sich zudem für den **schnellen Aufbau eines europäischen Pipeline-Netzes** zum Anschluss an Länder mit guten Bedingungen für eine kostengünstige H₂-Produktion einsetzen.

5. Saarländische Standortvorteile für die Verteidigungsindustrie nutzen.

Zur Sicherung der Resilienz, strategischen Autonomie und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und der EU ist ein zügiger Auf- und Ausbau der dafür notwendigen Produktionskapazitäten erforderlich. Das Saarland ist Industrieland und hat Potenzial für die Verteidigungsindustrie. Wir haben Werke, Flächen und Facharbeiter – das ist ein klarer Standortvorteil für die sicherheits- und verteidigungspolitischen Anforderungen dieser Zeit. Vor diesem Hintergrund schlagen wir ein **Bundes-Förderprogramm vor, um Industriekapazitäten im Bereich Verteidigung aufzubauen**, bevorzugt in Regionen, die durch ihre Wirtschaftsstruktur und ihre geografische Lage hierfür besonders geeignet sind.

6. Kommunen entlasten, ländliche Regionen unterstützen.

Wir fordern ein **Belastungsmoratorium für unsere Kommunen**: Keine zusätzlichen Aufgabenübertragungen vom Bund an die Kommunen ohne gleichzeitige Entlastung in mindestens gleichem Umfang.

Es bedarf einer dauerhaften und auskömmlichen Finanzierung durch die **strikte Umsetzung des Konnexitätsprinzips samt Veranlassungsprinzip**. Deshalb setzen wir uns für ein Konnexitätsgesetz ein, das aufbauend auf dem Grundgesetz sicherstellt, dass Vorhaben des Bundes oder zusätzliche Aufgaben für Länder und Kommunen sowie vorgegebene Standards durch den Bund gegenfinanziert werden („Wer bestellt, bezahlt“). Außerdem muss sichergestellt werden, dass **Bundesmitten ernsthaft und vollständig über die Länder an die Kommunen weitergegeben** werden.

Der Bund ist zudem gefordert, gerade ländliche Regionen bei Maßnahmen zum **Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie der Klimafolgenanpassung** angemessen zu unterstützen.

Außerdem muss – gerade auch in Interesse der Kommunen – die **Krankenhausreform** unter der neuen Bundesregierung noch einmal **auf den Prüfstand**; in der momentanen Ausgestaltung verschärft sie unter anderem die finanzielle Notlage vieler Kliniken und gefährdet damit akut die stationäre Versorgung, besonder in ländlichen Regionen.

Darüber hinaus setzen wir uns für die **Vereinfachung kommunaler Förderprogramme** des Bundes durch die **Umstellung auf Pauschalzuschüsse** ein. Die bisherige Förderpraxis ist

aufgrund der überbordenden Bürokratie und der Komplexität der ca. 940 Förderprogramme nicht mehr tragbar, insbesondere für kleine Kommunen.

Um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu erreichen, braucht es eine Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik. Wir als CDU Saar haben uns bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen 2016 erfolgreich für eine Lösung im Interesse des Saarlandes eingesetzt und auf dieser Grundlage mit dem Saarlandpakt die Kommunen von der Hälfte ihrer Kassenkredite befreien können. Jetzt ist der **Bund gefordert, seinen Anteil zu einer kommunalen Altschuldenlösung** beizutragen.

7. Investitionskraft deutlich, wirksam und zielgerichtet stärken.

Wir begrüßen die geplante Beteiligung der Länder und Kommunen am Infrastrukturpaket. Es bietet insbesondere die **Chance, die schwache Investitionskraft der saarländischen Kommunen zu stärken**. Wir legen Wert deshalb darauf, dass die Kommunen im Land davon einen **fairen Anteil** erhalten.

Diese Mittel müssen in tatsächliche Investitionen führen. Das Sondervermögen darf **nicht zu einer Reduzierung der Investitionsausgaben in den Kernhaushalten von Bund oder Ländern** führen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, unsere **Verkehrsinfrastruktur resilienter** zu machen. Entscheidende Maßnahmen aus saarländischer Perspektive dabei sind die langfristige Sicherstellung der Bahnanbindung von **Saarbrücken nach Paris**, eine deutliche schnellere Bahnanbindung von **Saarbrücken nach Frankfurt** sowie eine Sanierung der **Moselschleusen**.

Daneben setzen wir uns für eine **stärkere finanzielle Förderung der grenzüberschreitenden Verkehre** ein. Dies erfordert die Bereitstellung auskömmlicher finanzieller Mittel für die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Aachener Vertrag, insbesondere mit Blick auf die zusätzliche Belastung der Bundesländer an den Grenzen zu EU-Mitgliedstaaten.

8. Bürokratie abbauen, Planung und Genehmigung beschleunigen.

Um Unternehmen spürbar zu entlasten und neue Zukunftsprojekte anzuregen, braucht es schnell wirksame und nachhaltige Entlastungen. Dazu notwendig ist eine **konsequente One-in, One-out-Regelung** und eine **Eins-zu-eins-Umsetzung von EU-Richtlinien**, um übermäßige nationale Zusatzanforderungen („Gold Plating“) zu vermeiden und, wo erforderlich, rückgängig zu machen.

Als stark industrialisiertes Bundesland ist das Saarland besonders auf schnelle Umsetzungsprozesse angewiesen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dabei sind **verbindliche Fristen, Stichtagsregelungen und eine deutliche Vereinfachung der Verfahren**, wo immer möglich, konsequent umzusetzen. Ein erster Schritt hierzu ist eine konsequente und beschleunigte Umsetzung des **„Paktes für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“** von Bund und Ländern.

Um die Bearbeitungsgeschwindigkeit bei Planungs- und Genehmigungsverfahren zu erhöhen, ist **überall dort, wo dies möglich ist, das Prinzip der Genehmigungsfiktion** mit klaren, nachvollziehbaren Stichtagsregelungen einzuführen. Anstelle flächendeckender Nachprüfungsverfahren und Vollkontrollen ist zudem, wo immer möglich, auf **Stichproben- und Zufallskontrollen** zu setzen.

9. Digitalisierung und Innovation voranbringen.

Wir setzen wir uns für einen handlungsfähigen Staat ein. Dazu gehört eine gründliche Reform der staatlichen Strukturen und Arbeitsweise. Die Gesetze des Bundes sollen praxistauglich und für Länder und Kommunen gut umsetzbar sein. **Verwaltungsdienstleistungen** sollen für alle Bürgerinnen und Bürger einfach zugänglich sein und **digital zur Verfügung stehen**.

Die nächste Bundesregierung muss einen Schwerpunkt auf Investitionen in Forschung und Innovation legen. Davon profitiert auch das Saarland. Als Innovationsstandort mit den Schwerpunkten Informatik, KI und Cybersicherheit, Infektionsforschung und Kreislaufwirtschaft setzen wir auf einen **besseren Transfer in die mittelständische Wirtschaft, auf Ausgründungen und die Stärkung eines Innovationsökosystems rund um die Hochschulen und Forschungseinrichtungen**. Dabei plädieren wir für eine bessere Zusammenarbeit mit Frankreich.

Die bislang lediglich zwischen der scheidenden Bundesregierung und den Ländern vereinbarte **Fortsetzung des Digitalpakts Schule** muss angesichts der gesamtstaatlichen Verantwortung für die Bildung zeitnah umgesetzt werden.

10. Tourismus und Gastronomie stärken.

Der Tourismus leistet einen wichtigen Beitrag zu regionaler Wertschöpfung und Beschäftigung. Für die ländlichen Räume ist er besonders wichtig. Um die Branche zu stärken, setzen wir uns insbesondere dafür ein, dass die **Reduzierung der Umsatzsteuer für Speisen auf 7 Prozent zügig** umgesetzt wird.

An einer starken und unabhängigen Mindestlohnkommission halten wir fest und lehnen politische Vorgaben, die eine Entscheidungsfindung durch die Tarifpartner gefährden, ab.